Nr. 2253. Montag, 25. Januar. (Abend-Ausgabe.) 1864.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Jügen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 25. Januar. Das Abgeordnetenhaus beauftragte die Budgetcommission, sofort über den Sonnabendbeschluß des Herrenhauses in Betreff des Budgets zu berichten und nahm eine von der Budget-Commission vorgeschlagene Resolution an, welche den Herrenhausbeschluß für null und nichtig erklärt. Der Minister des Innern Graf Eulenburg verliest darauf eine Königliche Botschaft, daß der Landtag heute Nachmittag 3 Uhr durch den Ministerpräsidenten geschlossen werden solle.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

London, 25. Januar. Die „Montag-Times" spricht die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aus.

Dagegen meldet die „Morning Post" (bekanntlich das Organ Palmerstons): Die deutschen Großmächte haben den Vorschlag Dänemarks, ihm für die Aufhebung der Novemberverfassung einen sechswöchentlichen Aufschub zu geben, abgelehnt. Es drohe somit der Ausbruch des Krieges. England dürfte dabei kaum neutral bleiben, sondern, mit Frankreich, Rußland und Schweden vereinigt, die Integrität Dänemarks vertheidigen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 23. Januar. Heute früh um 2½ Uhr traf der durch Ovationen verspätete Eisenbahnzug mit der schleswig-holsteinischen Landesdeputation hier ein, wurde von dem Turnverein und dem Liederkranz und einer großen Volksmenge aus Stadt und Umgegend empfangen, von dem Dr. Sigismund Müller bewillkommnet und hielt unter den Klängen des schleswig-holsteinischen Volksliedes seinen Einzug in die Stadt.

Frankfurt a. M., 24. Januar. Morgen früh geht die schleswig-holsteinische Landesdeputation nach München, um dem Könige von Bayern für seine seitherige Unterstützung zu danken und ihn zu ersuchen, sich der schleswig-holsteinischen Sache auch ferner warm anzunehmen.

Der Text der Adresse der schleswig-holsteinischen Landes-Deputation an den Bundestag lautet: „Hohe Bundesversammlung! Holsteins Volk und Land hat Jahrhunderte hindurch dem deutschen Vaterlande gegenüber nach redlichem Bemühen seine Schuldigkeit gethan. Unsere Väter haben deutsches Recht und deutsche Sitte, deutsche Treue und deutschen Sinn allen Anfechtungen gegenüber zu wahren gewußt und sind als die rechten Grenzwächter Deutschlands im Norden befunden worden. In diesen Tagen der Entscheidung hat Holstein abermals unzweideutig bewiesen, daß es am alten Rechte und am alten theuern Vaterlande beharrlich festhält. Das ganze Volk hat sich einmüthig erhoben, dem Erben der schleswig-holsteinischen Herzogskrone, Herzog Friedrich VIII., unserm rechtmäßigen Landesherrn, die Huldigung darzubringen. Das ganze Holstenvolk ist einig in dieser Anerkennung seines Herzogs und in der heiligen Absicht, bis zum letzten Blutstropfen das verbrüderte Duldervolk in seinem Recht und seiner Freiheit zu vertreten.

„Hohe Bundesversammlung! Als ein Zeichen der über alle Theile, Stände und Parteien des Landes verbreiteten Gesinnung sendet das Volk von Holstein uns, die ehrerbietige Deputation, um der höchsten Behörde des deutschen Vaterlandes unsere heißesten Wünsche ans Herz zu legen. Zahlreiche Gemeinden und Vereine Holsteins haben uns abgeordert, damit wir persönlich der hohen Bundesversammlung an den Tag legen, daß die Holsten von ganzem Herzen sich Söhne des großen Deutschlands fühlen, daß sie von ihrer altvererbten Liebe zu den Brüdern in Schleswig nimmer lassen wollen, und daß sie ihres Landes altehrwürdiges Recht nicht anders gesichert glauben, als mit der durch Gottes Rathschluß verhängten Trennung von Dänemark und mit dem von Deutschland demnächst anzuerkennenden Regierungsantritt unseres rechtmäßigen Herrn, Seiner Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein, unsers geliebten Fürsten, Friedrich VIII. Hohe Bundesversammlung! Durch unsern Mund ruft das Volk und Land von Holstein, tiefbewegt von qualvoller Ungeduld über das Hinausschieben eines Beschlusses, welcher über sein ganzes Dasein, ja darüber entscheidet, ob das alte Holstenland bei Deutschland bleiben oder zu Grunde gehen soll, die Fürsten und freien Städte Deutschlands wollen endlich dem Rechte sein Recht werden lassen und ohne Verzug und freudig den durchlauchtigen Herrn, in welchem ganz Holstein seinen Herzog erkennt, in die Reihe der deutschen Souveraine aufnehmen, unser Recht also mit der Anerkennung Deutschlands besiegeln und die Wünsche des gesammten deutschen Volkes und der Mehrheit seiner Fürsten und Obrigkeiten, die Gottlob mit uns sind, zur Erfüllung bringen."

Hamburg, 23. Januar. Die heutigen „Itzehoer Nachrichten" melden: Am 21. d. ist das sächsische Jägerbataillon, so wie eine Munitionscolonne, die bisher in Neumünster und Umgegend cantonnirt hatten, von dort nach Itzehoe abmarschirt. Eben dahin ist auch der Stab des General v. Hake abgegangen. Das Lazareth soll nach Altona verlegt werden. Die sächsische Brigade wird um Itzehoe und Wilster concentrirt. Am 22. hat die bisher in Hamburg cantonnirende österreichische Brigade in Neumünster und den nördlich gelegenen Dörfern Quartiere bezogen. In Segeberg sind am 21. preußische Truppen eingerückt.

Hamburg, 24. Januar. Das Barometer steigt: Wind SW.; Therm. 3 Gr. +. Die Landesregierung in Kiel hat die Polizeibehörden auf telegraphischem Wege angewiesen, mit aller Sorgfalt unangenehme Berührungen zwischen der Bevölkerung und den einrückenden Truppen zu verhüten. In Flensburg heißt es, daß die Dänen die Baaken und andere Schifffahrtszeichen von der Eider, Bureau-Inventarium und anderes öffentliches Eigenthum auf der Eisenbahn nach Norden befördern.

Hamburg, 24. Januar. Wetter schön, zum Frost neigend. In Altona wurde heute der (dänisch gesinnte) Probst Nievert, als er in der übervollen Hauptkirche nach längerer Zeit zum ersten Male wieder die Kanzel betrat, mit Schreien und Pfeifen empfangen und die Kanzel wieder zu verlassen gezwungen. Ein hannöversches Jägerbataillon mußte ihn, als er die Kirche verließ, gegen die wüthend andrängende Volksmenge schützen, wobei der Bundes-Commissär v. Könneritz ihn mit seiner Person zu decken bemüht war. Dem Herrn v. Könneritz brachte die Menge ein Lebehoch.

Altona, 24. Januar, Abends. So eben wird durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht, daß Probst Nievert, nachdem er um seinen Abschied eingekommen, die Stadt verlassen hat. Das von dem Probste bewohnt gewesene Haus sei Eigenthum der Stadt und als solches zu respectiren.

Hamburg, 23. Januar, Abends. Nach dem „Husumer Wochenblatt" würde Amtmann Johannsen nun doch das Ministerium für Schleswig übernehmen und sich demnächst nach Kopenhagen begeben. — Nach dem „Kieler Wochenblatt" würde Prinz Friedrich Carl von Preußen in Kiel erwartet. Ist auch eine desfallsige Anmeldung noch nicht geschehen, so sind doch Intendanturbeamte zur Besichtigung der Lokalitäten in Kiel gewesen. — Nach der „Flensburger Zeitung" ist durch das anhaltend laue Regenwetter die Eisdecke der Föhrde größtentheils geschmolzen, so daß Dampfboote und Segelschiffe bis nahe an den Hafen gelangen können.

Kopenhagen, 24. Jan., Abends. Nach „Berlingske Tidende" ist Amtmann Johannsen unterm heutigen Tage zum Minister ad interim für Schleswig ernannt worden.

Triest, 23. Januar. Mit der Ueberlandspost eingetroffene Nachrichten melden, daß Nanking von dem General des Kaisers von China hart bedrängt werde. Aus Japan wird mitgetheilt, daß die Regierung des Taikuns gegen die aufständischen Daimios rüste. Die den Handel mit Yokohama störenden Hindernisse sind beseitigt.

Triest, 23. Januar. Der fällige Lloyddampfer ist mit der Ueberlandpost aus Alexandrien eingetroffen.

Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Herrenhauses.

Eine Marmorbüste Stahl's, von mehreren Mitgliedern geschenkt, ist zur Linken des Präsidentensitzes aufgestellt. Aus dem Bericht der Budget-Commission über den Staatshaushaltsetat pro 1864 geht hervor, daß dieselbe den ursprünglichen, von der Regierung aufgestellten Etat erbeten und erhalten hat. Die Commission spricht sich u. A. gegen die Streichung des Dispositionsfonds von 31,000 Thlrn. aus, hält dafür, daß, wie diese, so auch die des mit 6000 Thlr. aufgeführten Gehalts eines Militairbevollmächtigten in Petersburg ins Gewicht fallen müsse und empfiehlt, wenn auch nur mit 8 gegen 7 Stimmen, den Beschluß: die Staatsregierung zu ersuchen, künftig den Abgeordneten Diäten und Reisekosten bis zur gesetzlichen Erledigung dieser Frage nicht zu zahlen. Die im Abgeordnetenhause beschlossene Absetzung von 5400 Thlrn. für die Ritteracademie zu Brandenburg wird als eine schwere Verletzung bestehender Verpflichtungen erklärt und die Regierung aufgefordert, diese Summe auch ferner zu zahlen. Völlig unannehmbar aber mache den Etat die Umwerfung des Militairetats. Der Finanzminister hat auf mehrseitige Anfragen anerkannt, daß für die Regierung es von hohem Interesse sei, wenn das Herrenhaus nicht etwa nur negativ, sondern auch positiv über den Staatshaushaltsetat sich erkläre, daß er aber über die zu wählende Form sich jeder Aeußerung enthalte und er nur andeuten wolle, wie solcher Formen sich gewiß mehrere würden finden lassen. Das Resultat war der Antrag: a) den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses im Ganzen die Zustimmung zu versagen und b) die Regierungsvorlage im Ganzen anzunehmen. Die Herren v. Brünneck, Hasselbach und Graf York (unterstützt durch Baumstark, Berndt, v. Bernuth, Bloemer, v. Flemming, v. Gruner, Jaehnigen, Oudereyk und Schubert) haben folgenden Verbesserungsantrag eingebracht: „A. In Erwägung: 1) daß Art. 99 der Verfassung zu den wesentlichsten Grundlagen des Rechtszustandes gehört, und daß eine im Widerspruch mit demselben stattfindende Verlängerung des budgetlosen Zustandes nicht nur principiell bedenklich, sondern auch von mannigfaltigen und ernsten Nachtheilen für das Land und die Staatsverwaltung begleitet sein würde, 2) daß nach Art. 62 der Verfassung eine Detailannahme oder Ablehnung der einzelnen Titel des Budgets dem Herrenhause nicht zusteht; 3) daß aber in dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses das Budget für 1864 in den Einnahmen mit 141,271,695 Thlr. und in den Ausgaben mit 137,971,741 Thlr. festgestellt ist, und zwar in der Art, daß, abgesehen vom Kriegsministerium, in allen übrigen Zweigen der Verwaltung nur die, obgleich allerdings bedenkliche Absetzung von 113,642 Thlr. für die fortdauernden und 92,300 Thlr. für die einmaligen Ausgaben erfolgt ist; 4) daß endlich für die abgesetzten Reorganisations-Kosten die Herbeiführung einer nachträglichen Genehmigung der Landesvertretung noch im Laufe dieses Jahres in der Möglichkeit steht: dem Haushaltsetat pro 1864 (nach den Beschlüssen des andern Hauses) die Zustimmung zu ertheilen. B. In Erwägung: daß die nachträgliche Genehmigung der Reorganisationskosten unabweisbar geboten ist: der Regierung die Bereitwilligkeit des Herrenhauses auszusprechen, die Zustimmung zu den Reorganisationskosten auf Grund einer nachträglichen verfassungsmäßigen Vorlage zu ertheilen.

Herr v. Zander: Er sei gegen den Versuch einer Verständigung mit dem andern Hause. Das Budget des Abgeordnetenhauses müsse verworfen werden. Wenn hieraus sich ein budgetloser Zustand ergebe, so liege die Schuld nicht an diesem Hause, sondern an der Verfassung. Weiter zu gehen aber und den Regierungs-Entwurf anzunehmen, sei äußerst bedenklich: denn ob das Haus hierzu berechtigt sei, sei höchst zweifelhaft, falls man nicht geradezu hierin eine Ueberschreitung der dem Hause zustehenden Befugnisse erkennen wolle. Die Erklärung des Finanzministers in der Commission scheine ihm so gedeutet werden zu müssen, als ob auch sie die Berechtigung des Hauses zu dem zweiten Beschluß nicht anerkenne.

Herr Dr. Götze: Für ihn würde es schon ausreichen, den Budget-Entwurf des andern Hauses abzulehnen, wenn dasselbe auch nichts weiter gestrichen hätte, als die 31,000 Thlr. für die geheimen Fonds. Mit einem solchen Hause könne die Regierung unmöglich fertig werden. Wenn kein Budget zu Stande komme, so sei dies kein Unglück. Er stehe aber auch nicht an, der Regierungs-Vorlage zuzustimmen.

Herr Hasselbach: Er gebe zu, daß der Etat des Abgeordnetenhauses unannehmbar sei. Die Armee-Reorganisation könne nicht rückgängig gemacht werden. Er stehe auch nicht an, es offen zu beklagen, daß die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause darauf ausgehe, die Macht des Königthums zu brechen. (Lebh. Beifall.) Er habe soweit hier Zustimmung zu finden erwartet, werde aber hierauf verzichten müssen, wenn er zu seinem Schlußvotum komme. Es frage sich, ob man mit oder ohne Verfassung bestehen wolle, und da entscheide er sich für die Verfassung und insbesondere gegen den verfassungswidrigen zweiten Commissions-Antrag. Dieser sei ganz unzulässig, weil überhaupt nur der Beschluß des andern Hauses diesem Hause rechtlich vorliege, weil eine Amendirung der Vorlage durch dieses Haus ungesetzlich sei. Die Erklärung des Finanzministers erscheine ihm höchst dunkel. Wie die budgetlose Regierung für nicht verfassungswidrig mit Hr. Götze zu halten, sei unerklärlich: er seinerseits halte das budgetlose Regiment für verfassungswidrig und auch für sehr verderblich, weil dann zu wenig ausgegeben würde, viele nothwendige Ausgaben unterbleiben müßten. Hr. v. Zander, wenn er sich für die Budgetverweigerung erkläre, unterscheide sich nur durch die Motive von dem Abg. Jacoby und treibe das Land ebenfalls zur Steuerverweigerung. Es gebe zwar Mitglieder in diesem Hause, welche den Conflict für ein Glück halten, er seinerseits aber glaube, dieser Conflict verzehre das Mark des Landes, untergrabe die Liebe zum Königthum und rufe Erbitterung im Bürgerstande hervor, wie er, der in Mitten einer großen Commune stehe, am besten zu erfahren Gelegenheit gehabt habe. Zur Lösung gebe es zwei Mittel: außerhalb und innerhalb der Verfassung. Er erkläre sich gegen die Lösung durch **Staatsstreich.** Die Regierung habe die Pflicht den Conflict zu lösen und ein solcher Versuch könne es nicht genannt werden, wenn sie der Landesvertretung die Aufhebung des Art. 99 der Verfassung zumuthe, wenn sie aus beschließende Kammern berathende machen wolle. Die Regierung habe auch die Pflicht, ein Budget zu vereinbaren, durch energisches Vorgehen haben sich, dies habe der Erfolg gezeigt, wahrlich die Herzen der Regierung nicht zugewendet, wie Hr. v. Kleist prophezeit habe.

Der Finanzminister: Er stimme dem Vorredner bei, wenn er den budgetlosen Zustand für bedauerlich halte. Die Regierung aber habe keine Macht über die Vota der beiden Häuser und ein neuer Etat, welcher gleichmäßig beiden Häusern genüge, sei für die Regierung unmöglich. Was seine Erklärung angehe, so habe er bei dem Wunsche, nach einer positiven Erklärung an eine motivirte Ablehnung des Abgeordnetenetats gedacht, in der Art: das Haus lehne die Beschlüsse des andern Hauses ab, weil dies und dies in demselben unannehmbar erscheine. Dadurch würde das hohe Haus zu erkennen geben, wie es über die Streichungen des andern Hauses denke und dies würde der Regierung erwünscht sein.

Graf Rittberg: Die Staatsregierung sei allerdings nicht berechtigt gewesen die Militärreorganisation im Ordinarium aufzuführen, ehe dieselbe gesetzlich geregelt war. Aber das Abgeordnetenhaus theile die Schuld mit der Regierung. Das Budget des Abgeordnetenhauses sei unannehmbar, das Nichtzustandekommen eines Etats ein großer aber nothwendiger Uebelstand. Der erste Antrag der Commission müsse deshalb angenommen werden, für den zweiten fehle es aber dem Hause an der Berechtigung.

Herr Baumstark: Er acceptire das Zugeständniß des Finanzministers, daß dieses Haus den Etat nur annehmen oder ablehnen dürfe und zwar in der Gestalt, wie er aus dem Abgeordnetenhause hierher gelange. Es sei aber nicht richtig, wenn der Finanzminister behaupte, durch Annahme des Etats des Abgeordnetenhauses billige man auch die Absetzungen. Die Amendementsteller nehmen vielmehr, trotzdem sie die Absetzungen mißbilligen, den Etat an, weil sie sich hierzu für verpflichtet halten, rechtlich durch die Verfassung, sittlich weil der Schaden der Absetzung minder groß sei als die Ablehnung des ganzen Etats. Er müsse eine Verpflichtung der Staatsregierung anerkennen, ein Budget zu Stande zu bringen; die Regierung dürfe sogar vor dieses Haus überhaupt gar nicht treten ohne eine Verständigung mit dem anderen Hause über einen Budgetentwurf. Das gegenwärtige Verfahren sei im Widerspruch mit Sinn und Geist der Verfassung. Die Regierung habe aus der Finanz- und Heeresfrage eine Verfassungsfrage gemacht, über die namentlich der Justizminister sich auszulassen hätte. Wenn die Regierung Absetzungen an ihrem Etat erfahre, so bleibe ihr das Mittel der wiederholten Auflösung des Abgeordnetenhauses; sei dies erfolglos, so müsse das Ministerium zurücktreten, so fordere es der Geist der Verfassung, der ein Verständniß zwischen Regierung und Landesvertretung nothwendig erfordere. Das Abgeordnetenhaus habe für das Kriegs- und Marineministerium 40 Millionen Thaler ungefähr bewilligt, damit sei die Regierung im Stande auszukommen und wenn man wegen gestrichener 5 Millionen das ganze Budget verwirft, so bringe dieses Haus selbst die Regierung in eine

schlimme Lage. Die Verwerfung des Budgets sei wider die Verfassung, treibe die Regierung zu Staatsstreichen und diene weder der Krone noch dem Heere. Er warne vor Verwerfung aus dem Motive des Parteihasses, der, fortgesetzt, wie er auch in diesem Hause bisher gepflegt worden sei, nothwendig zu dem Ruin des Landes führen müsse. Die Lage des Landes lege der Regierung gebieterisch die Pflicht auf, eine Lösung des Conflicts zu versuchen und Concessionen zu gewähren.

Hr. v. Kleist-Retzow: Hr. Hasselbach hat monarchisch angefangen und damit geschlossen, die Regierung solle nachgeben. Wir sehen nicht so trostlos in die Zukunft, wie er, denn wir haben Glauben an die Sache, die wir vertreten, und sind daher freudig gestimmt. Das Herrenhaus hat durch die Lebenslänglichkeit seiner Mitglieder eine Continuität erlangt, die weit über die Lebensdauer der Legislaturperioden des anderen Hauses hinausgeht. Ich stehe nicht an, das Verlangen der Rücknahme der Reorganisation offenen Landesverrath zu nennen. Redner geht nun auf die seiner Ansicht nach eigentlichen Motive der Streichung der Reorganisationskosten ein und verweist auf den Beschluß des Abgeordnetentages zu Frankfurt. Was der Antrag des Hrn. Hasselbach giebt, ist Wind, nichts als Wind. Es handelt sich jetzt nicht mehr um den Constitutionalismus, sondern um die verführerische Lehre der Volkssouveränetät, als deren Träger das andre Haus betrachtet wird. Man darf einem Parlamente nicht nachgeben, von dessen Tribüne aus Diener des Königs öffentlich zur Steuerverweigerung auffordern, das wegen Hochverraths inhaftirte Mitglieder freizulassen gewagt hat. (Bravo) Ich kann auch nicht zugeben, daß nur die Wahl zwischen Nachgeben oder Verfassungsbruch noch vorhanden ist. Durch Nachgeben gerade würde die Verfassung gebrochen werden. Insofern ist allerdings die Lage schlimmer als 1848, weil die frühere Regierung selbst zur Herbeiführung derselben beigetragen hat. Deßhalb muß aber eben die Regierung Geduld haben mit dem irre geleiteten Volke, bis dieses Glauben an die Regierung erlangt. Sie braucht nur im Innern so activ vorgehen, wie sie seit einigen Jahren in der auswärtigen Politik vorgegangen ist, und alle geistigen Kräfte des Landes um sich zu sammeln, dann werden alle Schwierigkeiten schneller vergehen, als der Märzschnee schmilzt, das Volk wird ihr zujauchzen. Unterstützen wir die Regierung auf diesem Wege der Pflicht und des Ruhmes.

Professor Schubert: Ich erachte die von dem vorigen und dem gegenwärtigen Könige beschworene Verfassung, das Grundgesetz des Landes, für das Fundament unseres Staatslebens. Damit ist meine Stellung zur Sache bezeichnet. Ich bin nicht mit allen Absetzungen des Abgeordnetenhauses, namentlich nicht der Kosten der Reorganisation, einverstanden. Wenn aber das Abgeordnetenhaus $^{24}/_{25}$ der Ausgaben bewilligt und alle Verwaltungszweige reichlicher als je bedacht hat, dann will ich nicht die Verantwortung für die Verwerfung auch dieser $^{24}/_{25}$ übernehmen. Durch die Verwerfung genehmigen Sie nicht die Reorganisation; der budgetlose Zustand erstreckt sich dann über alles. — Hr. Hasselbach berichtigt, daß er nicht, wie Hr. v. Kleist-Retzow meine, der Regierung Wind gebe, sondern er gebe ihr hundert und einige dreißig Millionen; Hr. v. Kleist gebe ihr grade Wind dadurch, daß er das ganze Budget verwerfe. — Hr. v. Kleist-Retzow: Der Wind habe sich nur auf die 5 Millionen bezogen.

Graf Arnim-Boytzenburg: Der Finanzminister stelle eine motivirte Budget-Ablehnung als möglich hin, aber eine Budgetverwerfung bleibe es doch immer, und jede Budgetverwerfung sei ein revolutionärer Schritt, den das Herrenhaus nicht thun dürfe. Einem von Regierung und Abgeordnetenhaus acceptirten Budget würde das Herrenhaus sich nicht entgegenstellen dürfen, hier aber, wo das Abgeordnetenhaus der Regierung das Regieren unmöglich machen wolle, dürfe man jenem Hause nicht zustimmen. Die Schuld des gegenwärtigen Conflicts beruhe bei dem Ministerium der neuen Aera. Die Reorganisation müsse erhalten werden und werde diese Sache geregelt, so ist Redner überzeugt, die Regierung würde in Zukunft das Budgetrecht der Landesvertretung gewissenhaft achten. Eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhause müsse aufgegeben werden; nur das Land könne und müsse aufgeklärt werden. Schließlich kommt der Redner auf den Satz: „Recht vor Macht" und setzt demselben entgegen: dem Mißbrauch des Rechts habe die Macht entgegen zu treten." So liege die Sache dem Abgeordnetenhause gegenüber, welches nur Mißbrauch seines Rechtes treibe. Das Land müsse dem Abgeordnetenhause diesen Mißbrauch untersagen. (Beifall.)

Graf Gröben befürwortet den Antrag wegen der Diäten der Abgeordneten. Herr v. Senfft-Pilsach findet, das hätte viel für sich, aber in der Verfassung stehe: „Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses erhalten Diäten"; der Commissionsantrag sei daher eine Art Widerspruch gegen die Verfassung. Auch Herr v. Bernuth und Graf Arnim sprechen sich gegen den Antrag aus; letzterer hebt hervor, schicklicher Weise dürfe das Herrenhaus überhaupt in dieser Frage nicht die Initiative ergreifen. — Herr v. Kleist-Retzow für den Antrag: die Verfassung spreche nicht dagegen, denn nach den betreffenden Worten stehe der Zusatz: „nach Maßgabe des Gesetzes"; da nun ein die Diäten regelndes Gesetz nicht bestehe, so sei die Zahlung von Diäten ein Verfassungsbruch. Redner ergeht sich darauf in begeisterten Worten über die Blüthe einer selbstständigen Aristokratie und in Ausfällen gegen Herrn Hasselbach und das Abgeordnetenhaus, dem man es legen müsse, daß es sich hier jedes Jahr sechs Monate amüsire. Der Antrag wird mit schwacher Majorität abgelehnt. Ohne Discussion wird ein Antrag angenommen, der die Verbesserung der Löhne der Unterofficiere und Soldaten als wünschenswerth anerkennt, aber diese Sache in die Hände der Regierung legt.

Der Brünneck-Hasselbachsche Antrag wird abgelehnt. Die Ablehnung des Etats des andern Hauses erfolgt mit großer Majorität. Vor der Abstimmung wegen Wiederherstellung des Regierungs-Etats erklärt Herzog v. Ujest unter Hinweisung auf seine Auslassung vom 11. October 1862, daß er und seine politischen Freunde gegen diese Herstellung stimmen werden. Bei Namensaufruf wird dann die Herstellung des Regierungs-Etats mit 58 gegen 17 Stimmen beschlossen; dagegen stimmen Herzog v. Ratibor, Schubert, Tellkampf, Graf York, v. Zander, Baumstark, Berndt, v. Bernuth, Baier, v. Blömer, v. Brünneck, v. Gruner, Hasselbach, Herzog v. Ujest u. A. — Der Abstimmung enthalten sich sechs Mitglieder: Graf Rittberg, Fürst Radziwill, Heffter, Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen u. A.

---

31. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

In Bezug auf das Schreiben des Kriegsministers wegen Vertagung der Berathung über die Militärnovelle bemerkt Präsident Grabow: Was diesen Gesetzentwurf betrifft, so bin ich der Meinung, daß derselbe, nachdem er uns drei Jahre hindurch beschäftigt hat, endlich erledigt werden müsse. Dieser Gesetzentwurf ist das Alpha und das Omega unseres Verfassungs-Conflictes. (Sehr richtig.) Der vorliegende Bericht ist der Art, daß er in den Händen jedes Urwählers sein sollte, damit Jedermann sehen könne, auf welche Weise diese Angelegenheit verzögert ist. Wir wissen nicht, wie lange wir noch beisammen sein werden, um ihn noch berathen zu können. Es hat sich seit einigen Jahren die Sitte geltend gemacht, den Präsidenten dieses Hauses nicht vorher davon in Kenntniß zu setzen, wenn eine Vertagung, Schließung oder Auflösung dieses Hauses stattfinden soll. (Hört! hört!) Das Haus beschließt nach dem Vorschlage des Präsidenten zuerst die andern Gegenstände zu erledigen, damit der Kriegsminister bei Berathung der Militairnovelle anwesend sein könne.

Folgt Berathung über den Commissionsbericht in Betreff der Bemerkungen der Oberrechnungskammer zu den Rechnungen von 1859, 1860 und 1861. Die Commission beantragt, „die Staatsregierung aufzufordern, die Bemerkungen der Oberrechnungskammer dahin ergänzen zu lassen, daß auch die Bemerkungen über diejenigen erheblichen Mängel in der Verwaltung, welche aus Veranlassung der Prüfung der Rechnungen entdeckt worden sind, sowie über diejenigen Abweichungen von den gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etats und von den denselben zu Grunde liegenden Etats und Nachweisungen, welche etwa durch Allerhöchste Ordres schon vor der Rechnungsrevision justifizirt worden sind, der Landesvertretung mitgetheilt werden."

Abg. Michaelis: Ein früher sehr verehrtes Mitglied des Abgeordnetenhauses (Kühne) habe gesagt: die ganze Rechnungsprüfung, wie sie bis jetzt geschehen, sei eigentlich nur Komödie, da die Ober-Rechnungskammer in vielen Fällen die Rechnungen für richtig erklären müsse, weil sie nachträglich durch eine Cabinetsordre justificirt seien. Der Commissions-Antrag bezwecke, daß schon vor Erlaß eines Gesetzes über die Ober-Rechnungskammer eine Aenderung eintrete. Die Mittheilung der in dem Antrage verlangten Bemerkung sei die Commission nach Art. 104 der Verfassungsurkunde zu fordern berechtigt; erst durch Erfüllung dieses Antrages werde die Landesvertretung in der Lage sein, darüber zu urtheilen, ob sie vorläufige Decharge ertheilen könne, ehe noch das Gesetz über die Ober-Rechnungskammer erlassen sei. Eine wirkliche Decharge könne sie überhaupt vor Erlaß dieses Gesetzes gar nicht ertheilen. — Abg. Reichenheim: Er mache das Haus auf den Passus des Antrages aufmerksam, wo von den Etats und Nachweisungen, welche etwa durch Allerhöchste Ordres schon vor der Rechnungsrevision justificirt worden sind, die Rede ist. Er verwahre sich auf Grund der Verfassung gegen eine derartige Justification, die einer Hineintragung des Absolutismus in den Constitutionalismus gleichkomme. Die Instruction vom 18. Decbr. 1824 sei nur so weit in Geltung, als sie nicht der Verfassung widerspreche, wie Art. 106 derselben lehre.

Abg. v. Benda: Es würde consequent sein, wenn das Haus die Etats so lange verweigerte, bis das Oberrechnungskammergesetz zu Stande gekommen sei. Der Resolution könne er sich nicht anschließen, weil er sich keinen Erfolg von derselben verspreche.

Reg.-Commissar: Die Rechnungen von 1859—1861 träfen nicht das gegenwärtige Ministerium und habe dasselbe somit auf die Verwaltung jener Jahre nicht den geringsten Einfluß gehabt. Ob und welche Justifizirung von Etatsüberschreitungen durch Allerh. Cabinetsordres vorgekommen seien, darüber könne er keine Auskunft ertheilen.

Abg. Virchow warnt vor der vom Abg. v. Benda angerathenen Verweigerung der Etats, da dies ein ungesetzlicher Weg sei. Die Verfassung verpflichte das Haus zur Prüfung der Rechnungen und habe dasselbe auch das Recht, alle Aufklärung zu fordern. Der Reg.-Commissar habe auch nicht gesagt, daß die Ausführung des Antrages unmöglich sei, sondern er habe stets die Wendung gebraucht: sie sei fast unmöglich. — Der Antrag wird mit großer Majorität vom Hause angenommen.

Folgt der Vorbericht der Commission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats über die Rechnung der Rendantur des Staatsschatzes pro 1860 und 1861. Die Commission beantragt: „Die Staatsregierung auf Grund des Art. 99 der Verfassung aufzufordern, bei Vorlegung der Staatshaushalts-Etats vom Jahre 1865 ab den Voranschlag für die Rendantur des Staatsschatzes in den betreffenden Etats ersichtlich zu machen." — Der Reg.-Commissar bekämpft den Antrag. Ein Voranschlag existire nicht, sondern es gebe da nur eine Autorisation, eine Anweisung für die Einnahmen und Ausgaben, welche in den Rechnungen vorgetragen werden; sämmtliche Einnahme des Staatsschatzes fielen übrigens außerhalb des Staatshaushalts-Etats, da man nie voraus wissen könne, was aus den einzelnen Departements dem Schatze zufließen werde. — Abg. Virchow constatirt aus diesen Erklärungen, daß, was früher, selbst auf Grund königlicher Verfügungen, als unzweifelhaftes Recht des Hauses gegolten, nunmehr, in Herrn v. Bismarck's Namen, demselben in Abrede gestellt werde: „es habe mit den Spezialetats und den Nachweisungen nichts zu thun", — während die Kgl. Verfügung von 1862 noch anerkenne, daß alle Etats auch Gegenstand der Prüfung des Hauses sein können, bei den Rechnungen ebensowohl, wie schon vorher bei dem Budget. Hier zum ersten Male erkläre die Regierung, von einer Finanz-Controle stehe Nichts in der Verfassung. Es sei dies ein Zeichen, wie nunmehr auch in der Finanzverwaltung jene über alle verfassungsmäßigen Rechte hinausgehende Interpretationskunst Platz gegriffen habe.

Der Reg.-Commissar erklärt, er vertrete nur die Verwaltung des Staatsschatzes, im Uebrigen erkenne die Regierung hinsichtlich dieses Antrages ihre Verpflichtung nach Art. 99 der Verfassungs-Urkunde an und weiche nur hinsichtlich des zweiten Antrages von den Ansichten der Commission ab, wo sie aber ebenfalls der Landesvertretung nicht die Controle überhaupt weigere, sondern nur jede Art von Controle. — Abg. Dr. Lette: Nur der zweite Antrag sei eigentlich von Wichtigkeit, weil unter einem Bestande von 20 Millionen im Staatsschatze sich vielleicht 10 Millionen faule Activa vorfinden möchten.

Der Commissions-Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Der nächste Antrag der Commission geht dahin, „bis zur Vorlegung einer speciellen Nachweisung der ultimo 1861 vorhandenen Activforderungen des Staatsschatzes die Ertheilung der Entlastung der allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat für die Jahre 1860 und 1861 vorzuenthalten."

Reg.-Comm. Hegel: Die Regierung würde gern bereit sein, eine Vorlage dem Hause zu machen, sie müsse sich dies aber versagen, weil sie eine Pflicht gegen die Schuldner, deren Namen aufgeführt seien, habe, und weil sie nicht verhindern könne, daß deren persönliche Verhältnisse erörtert würden. — Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen. — Folgt Berathung der Militärnovelle.

Abg. Dr. Wantrup: In einer der vorigen Sitzungen ist von der andern Seite ausgesprochen worden: Wir lieben die Armee! Dieser Ausdruck hat uns Vergnügen gemacht, und wenn wir auch nicht die Lieferung von Socken als vollgiltigen Beweis betrachten, so acceptiren wir doch gern diese Liebe. Aber man kann die Armee auf verschiedene Weise lieben: der König liebt sie wie ein Vater den Sohn, das Volk wie ein Bruder den Bruder, wie die Schwester den Bruder (allgemeine Heiterkeit); man kann sie aber auch lieben wie der Verführer die Jungfrau. (Große, mehrere Minuten anhaltende Heiterkeit) Ich wiederhole, Mancher liebt die Armee wie der Jüngling das Mädchen, das er verführen will (Gelächter.) So wird sie von Denen geliebt, welche das Heer zu einem Parlamentsheer machen wollen. Meine Stellung zu dieser Frage ist bekannt; ich glaube nicht, daß die Landesvertretung den Einfluß auf die Armee haben darf, den sie verlangt. Der König ist der oberste Kriegsherr und als solcher ist seine Stellung eine andere, als in andern Fragen. Die Bezeichnung Kriegsherr ist keine neue, sondern schon Friedrich II. habe sie als Kronprinz gebraucht. Die Armee-Reorganisation geht vom Könige als Kriegsherrn aus, und sie ist keine Neuerung, sondern nur eine Wiederherstellung des alten Gesetzes. Der Redner geht darauf auf eine Vergleichung der jetzigen Armeeverhältnisse und der Kosten zu den früheren über, ohne dabei irgend etwas Neues vorzubringen; ebenso enthalten seine Ausführungen in Bezug auf die Dienstzeit nichts von Interesse, er ist der Ansicht, daß die Stellvertretung vielleicht einzuführen sei. Die bei der jetzigen Mobilmachung vorgekommenen Verwendungen von Landwehr-Offizieren bei der Reserve seien schon früher vorgekommen. Die liberale Partei wolle nur die Armee ruiniren, weil sie den Thron schütze; aber wie früher die Nationalversammlung an ihrem Antrage gegen die Armee zu Grunde gegangen sei (Stein'scher Antrag), so werde dies auch diesmal geschehen. Der Redner schildert darauf, um die Vortheile der Reorganisation zu zeigen, die Unbequemlichkeiten früherer Mobilmachungen und sucht zu entwickeln, daß eine Agitation auf die Soldaten nicht wirke, der Soldat bleibe Soldat und werde nie begreifen, daß man ein liberaler Beamter und zugleich ein Demokrat sein könne (Heiterkeit). Der Soldat halte an seiner militärischen Ehre fest. Die Reorganisation sei nicht gegen die Verfassung, und wenn sie es auch wäre, der König ist nicht erst durch die Verfassung König geworden, und er und seine Partei werde stets die Armee zur Stütze haben. Es ist gefährlich, die Armee anzugreifen.

Abg. Stavenhagen: Der Vorredner scheine mehr in der ars amandi (Kunst zu lieben) bewandert, als in der Militairfrage. (Große Heiterkeit.) Die Regierungsvorlage stehe ganz auf dem Standpunkt von 1860, von Concessionen bringe sie nichts. Das Gesetz von 1814 sei fortdauernd Rechtsbasis, etwaige unpublicirte Cabinetsordres hätten nicht die Kraft, dasselbe zu alteriren. Die zweijährige Dienstzeit genüge überall in ganz Deutschland, nur in Preußen nicht. Der Wunsch nach Stellvertretung bekunde am stärksten die Nichtbefähigung des Vorredners, über die preußische Armee zu sprechen (Bravo); die Stellvertretung würde das Wesen des preußischen Heeres alteriren; lieber eine vierjährige Dienstzeit und länger. — Dem auch vom Vorredner wieder citirten Verse des Kriegsministers (Noch steht sein Thron u. s. w.) stelle er das Lied entgegen: „Nicht Roß, nicht Reisige sichern die steile Höh' wo Fürsten steh'n." (Beifall.) Redner beleuchtet dann das Vorgehen der Regierung ohne gesetzliche Regelung gegen die Beschlüsse des Hauses. (Beifall.) — Abg. Graf Wartensleben besteigt die Tribüne, während er sonst vom Platze spricht: So könne er seinen Gegnern besser ins Auge schauen; hinter sich habe er den gegnerischen Präsidenten, den Jupiter tonans mit dem Donnerkeil. — Als er sich bei diesen Worten besorgt umsieht, lächelt ihn Präsident Grabow freundlichst an, große Heiterkeit. — Redner versichert darauf sein Preußenthum, und theilt seine Ansicht von der dreijährigen Dienstzeit mit, unter fortdauernder großer Heiterkeit. Der Redner schließt mit den Worten: M. H., wir werden bald auseinander gehen, ich hoffe, Sie nicht wiederzusehen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Kriegsminister v. Roon: Es dränge ihn, in dieser ernsten Sache einige ernste Worte zu sagen. Der Gneist'sche Bericht sei bei aller Ausführlichkeit doch unvollständig. Der Kriegsminister giebt darauf vom Standpunkte der Regierung aus eine Recapitulation des ganzen Verlaufs der Militairfrage; nach dieser Darstellung hat die Regierung durchweg im guten Glauben gehandelt; gegenwärtig ist die Reorganisation in keiner Weise mehr rückgängig zu machen; eine Verständigung hält der Minister in diesem Augenblick für unmöglich. Ueber die Frage der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit wolle er nur bemerken, daß die Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit eine seiner Lebensüberzeugungen sei. Das Beispiel der andern, kleineren deutschen Staaten könne doch für die preußische Armee nicht maßgebend sein. Die Reorganisation sei nichts anderes, als unsere alte Militairverfassung; nur mit einigen Modificationen. (Heiterkeit!) Der Standpunkt der Regierung sei der alte.

Abg. Dr. Waldeck: Die Ausführungen des Kriegsministers, deren ruhiger und gemessener Ton ihn gefreut, sollen die Staatsregierung besonders gegen den Vorwurf der mala fides verwahren, allein wenn man 1862 für definitiv erklärt, was 1860 blos für provisorisch galt, da könne kein „guter Glaube" sein. Des Volkes innigste Ueberzeugung sei, daß die Landwehr die beste Institution unseres Staates sei, diese Meinung sei nicht blos das Product der Agitation. Sogar Marschall Soult bedaure in seinem Testamente, daß er die Einrichtungen der preußischen Landwehr nicht habe in Frankreich einführen können, weil man dort an die Stellvertretung gewöhnt sei. Habe hier ein Vorredner dieser Stellvertretung das Wort geredet, so rühre dies wohl nur daher, daß seine Wähler Mennoniten seien, deren Sektenansichten hier jedoch keinerlei Motive abgeben könnten. Die von der Commission beantragte Ablehnung bilde den Grundstein für alle Vota dieser Woche: hier liege der eigentliche Grund für alle Conflicte. Das Land müsse die Ueberzeugung gewinnen, daß seine Vertreter früher die Kosten der Reorganisation gestrichen haben, weil sie sie für gemeinverderblich gehalten haben, denn solche Armee, wie die Regierung sie fordere, sei nur geeignet, Cabinets- und Scheinkriege zu führen. Redner wendet sich hierauf gegen die „verdammlichen" Kriege, wie der Imperator in Frankreich sie führe, weist warnend auf Puebla und Mexiko hin, wo nur das rohe Soldatenthum gewaltet habe. Wir aber, schließt Redner, wollen die Erinnerung an das Jahr 1813 aufrecht erhalten, wir wollen uns unsere tüchtige Heeresorganisation erhalten und deßhalb können wir der Regierungsvorlage nicht zustimmen. (Bravo.) — Abg. Dr. Wantrup entgegnet, daß er es zwar nicht bis zum General, sondern nur bis zum Premier-Lieutenant gebracht habe, aber dennoch glaube, fähig und berechtigt zu sein, seine Meinung in dieser Frage auszusprechen. Was seine Ansicht über die Stellvertretung betreffe, so sei diese nicht durch Rücksicht auf seine Wähler, die Mennoniten begründet.

Fortsetzung der Debatte: Montag.

Politische Uebersicht.

Die reactionäre Presse ist sehr erfreut darüber, daß der Landtag geschlossen werden wird. „Wichtig ist — ruft die „Kreuzzeitung" aus — daß nach dem Abspielen der diesmaligen Session hoffentlich eine lange Pause in dem parlamentarischen Unwesen eintreten und so Gott will zu gründlicher Heilung mancher Schäden benutzt werden wird." Auch die kleineren Ableger der „Kreuzzeitung" haben bereits den ganzen Kopf voll von Octroyirungen. Die „Ostpreuß. Ztg." hat nicht den mindesten Zweifel darüber, „daß nach dem zu erwartenden Schlage wider den Fortschrittsschwindel die conservative Partei bald die Majorität des Volkes auf ihrer Seite haben wird."

Die Nachricht, daß die ersten beiden Nummern des „Volksgartens" vom Stadtgericht in Berlin wieder freigegeben sind, war unrichtig. Dagegen sind zwei mit Beschlag belegte Nummern der „Volkszeitung" freigegeben. Mit Beschlag belegt ist ferner die „Tribüne".

Es hat großes Aufsehen gemacht, daß die Vermuthung des Abg. Virchow, es werde sich bei der Einigung Preußens und Oesterreichs auch um Venetien handele, keine Widerlegung Seitens des Herrn v. Bismarck gefunden, obwohl dies in Bezug auf mehrere andere, weniger wichtige Bemerkungen geschah. Wir bemerken, daß uns vor ca. 14 Tagen eine hierauf bezügliche telegraphische Nachricht zuging, daß wir dieselbe aber für unbegründet hielten.

In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ist heute nichts Neues von Erheblichkeit zu melden. Von London aus wird die Nachricht von Neuem wiederholt, daß Dänemark zu Unterhandlungen geneigt sei. Ob dies nur ein Wunsch Englands, oder Thatsache ist, läßt sich gar nicht beurtheilen. Die Geschäftigkeit Earl Russells, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu lösen, ist sehr groß: gegen Deutschland droht er Dänemark mit einer Flotte und 25,000 Mann zu Hilfe zu kommen, gegen Dänemark nach der entgegengesetzten Richtung.

Frankreich scheint wirklich Willens zu sein, für den Fall der Besetzung Schleswigs sich direct in die Sache zu mischen und, wie man den „H. N." schreibt, „jenseits des Rheines ebenfalls Besetzungspolitik" zu machen.

In hohem Grade beklagenswerth ist die Verzögerung der Entscheidung über die Erbfolgefrage am Bundestage. Wenn derselben nicht endlich ein Ziel gesetzt wird, so erhalten die Gegner der nationalen Sache immer mehr Terrain. Es heißt nun zwar, daß in einer der nächsten Sitzungen ganz bestimmt über die Zulassung des Gesandten des Herzogs Friedrichs abgestimmt werden soll; indessen schon seit längerer Zeit haben sich ähnliche bestimmte Nachrichten nicht als richtig erwiesen.

Die erste Section des Finanzausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses hat beantragt, die Creditforderung von 10 Millionen Gulden nicht zu bewilligen, dagegen die auf Oesterreich fallende Matricularumlage im Betrage von 5½ Million zu bewilligen. Der betreffende Bericht tadelt die österreichische Politik, welche sich im Verein mit Preußen dem Bunde entgegenstelle. Es wird ausgeführt, daß möglicherweise gerade die Politik Oesterreichs und Preußens zu schweren Verwickelungen führe, und daß Oesterreich gar kein Interesse daran habe, dieselben auf sich zu laden. Nach Ansicht des Ausschusses kann die Mitwirkung des Abgeordnetenhauses zu dieser Politik nicht erklärt werden. Ob das Haus selbst diesem Antrage des Ausschusses Folge geben wird, soll noch zweifelhaft sein.

Von der französischen Grenze schreibt man der „Köln. Ztg.": Einem Gerüchte zufolge hat der Kaiser sich im letzten Augenblicke den Bemühungen Englands angeschlossen, die beiden Großmächte von der Ueberschreitung der Eider abzuhalten. So soll denn auch die Nachricht aus Berlin und Wien in Paris eingetroffen sein, daß Preußen und Oesterreich versprochen haben, die Eider nicht zu überschreiten, ohne dem Könige von Dänemark Zeit zur Ueberlegung und respective zur Einberufung des Reichsrathes zu lassen, was eine Vertagung der Feindseligkeiten für einige Wochen in sich schließe. Diese Nachrichten fließen aus zuverlässiger Quelle, und darum nehmen wir keinen Anstand, sie mitzutheilen.

Schleswig-Holstein.

* In Kassel ist die aus 186 Personen bestehende Landesdeputation von Schleswig-Holstein mit ungeheuerm Jubel empfangen; circa 10,000 Menschen waren nach dem Bahnhof geeilt, um die Ankommenden zu empfangen. Sie hielten sich ungefähr eine Stunde dort auf.

Wandsbeck, 21. Januar. Als heute die ersten preußischen Truppen von Hamburg aus hier eintrafen, begaben sich der Polizei-Inspector und die 4 Fleckensvorsteher zum Commandeur des preußischen Bataillons und legten Protest gegen den Einmarsch und gegen die Quartier-Requisition ein. Das Bataillon rückte nach kurzer Rast weiter.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 4 Uhr Nachmittags.

Berlin, 25. Januar. So eben ist der Landtag geschlossen. Der Ministerpräsident verlas folgende Thronrede: Das Abgeordnetenhaus hat den Standpunkt festgehalten, der zur Auflösung des vorhergehenden Hauses führte. Der Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung des Artikels 99 der Verfassung ist abgelehnt, der Etat pro 1863 nicht berathen, bei dem Etat des laufenden Jahres der unentbehrliche Dispositionsfonds gestrichen und die Beschlüsse des früheren Hauses über den Militairetat erneuert, ohne vorher das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst berathen zu haben. Deßwegen hat das Herrenhaus den Etat pro 1864, wie er vom Abgeordnetenhause berathen war, in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes, verworfen. Den Beschlüssen in Betreff der Freilassung der wegen hochverrätherischer Unternehmungen verhafteten Abgeordneten gab die Regierung zwar Folge, aber sie waren nicht dem Ansehen der Rechtspflege und der Würde des Hauses entsprechend. Die zur Ausführung der Bundesexecution und Wahrung der Machtstellung und Ehre Preußens in der weiteren Entwickelung des Streites erforderliche Anleihe, so wie die bundesmäßige Matricularumlage verweigerte das Haus, obwohl der König in der Antwort vom 27. Dec. sich mit seinem Wort dafür verbürgt, die Geldmittel zum Schutz des Rechtes und der Ehre des Landes zu verwenden. Das Haus nahm Resolutionen an, wodurch die Majorität im Falle kriegerischer Verwickelung im Voraus gegen das preußische Vaterland Partei nimmt. Auf die Hoffnung auf eine Verständigung einstweilen verzichtend, hält die Regierung sich für verpflichtet, für die Erhaltung des Staates einzustehen. Sie rechnet auf die wachsende Unterstützung des Landes.

Deutschland.

ō Berlin, 24. Januar. In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit wird hier nächstens eine große Kundgebung stattfinden, welche sich an das Eintreffen einer Deputation, welche aus Kiel hier eintreffen wird, knüpfen soll. Der Zweck dieser Deputation wird sein, dem Magistrat und den Stadtverordneten, so wie den übrigen Comités in der schleswig-holsteinischen Sache für ihre Thätigkeit in dieser Sache zu danken, daneben soll jedoch, wie man versichert, die Deputation versuchen, hier noch von mehreren Personen empfangen zu werden, von denen man glaubt, daß sie der schleswig-holsteinischen Sache günstig seien und denen man einigen Einfluß zuschreibt. — In Betreff des gestrigen Beschlusses des Herrenhauses erwartet man Seitens des Abgeordnetenhauses wieder eine Rechtsverwahrung. In Bezug auf die ganze Budgetangelegenheit dementirt die „N. A. Z." die Gerüchte von einer Differenz zwischen dem Finanzminister und den übrigen Ministern. Trotzdem glaubt man in den bestunterrichteten Kreisen an eine solche Differenz. Uebrigens heißt es neuerdings, Herr v. Bodelschwingh habe sich entschlossen, doch im Amte zu verbleiben.

— Ihre Majestäten der König und die Königin, sowie der Kronprinz ꝛc. erschienen vorgestern auf dem sehr zahlreich besuchten Subscriptionsball im Opernhause und machten einen Rundgang durch den Saal. Später verweilte der König mit dem Kronprinzen längere Zeit in den verschiedenen Räumen unter den Ballgästen. — Die Frau Kronprinzessin hat sich durch Erkältung ein leichtes Unwohlsein zugezogen und erschien darum nicht auf dem Subscriptionsball. — Auf Befehl des Königs findet am 29. d. M. ein zweiter Subscriptionsball statt.

— In der „Spen. Ztg." antwortet Geh. Reg.-Rath Engel auf den Brief des Justizrathes Wagener in der Lewine-Kayser'schen Angelegenheit. Er erklärt, daß er keine „andere Pflicht als die der Höflichkeit anerkenne, sich auf den Inhalt des Wagener'schen Briefes einzulassen". Ob die Kayser'schen Angaben wahr seien, oder nicht, werde die gerichtliche Untersuchung ergeben. Kayser habe bei Allem was ihm heilig sei erklärt, daß er die Wahrheit gesagt und bereit sei, seine Aussage zu beschwören. Der ganze Brief hat eine ablehnende Farbe.

* In Berlin war vor einigen Tagen das Gerücht verbreitet, daß die Sachsen mit den Dänen bereits ein Gefecht gehabt. Die ganze Geschichte ist natürlich erfunden.

* Am 23. früh sind die ersten österreichischen Truppen durch Breslau gekommen.

— Die „Kass. Ztg." enthält folgende Anzeige: „Nachdem Se. Durchlaucht der Herr Prinz Friedrich von Hanau wegen verschwenderischer Lebensweise der Verwaltung seines Vermögens vorläufig entsetzt und der Polizeidirector Schmidt d. hier provisorisch zum Curator über denselben bestellt worden ist, wird solches hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht. Fulda, am 13. Januar. Kurfürstliches Obergericht. Civilsenat."

Nordhausen, 21. Januar. (Ndh. Z.) Die Mitglieder des Vorstandes des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins waren angeklagt, durch die öffentliche Aufforderung zum Beitritt und zur Beisteuer gegen die Verordnung (wonach zu Collecten ꝛc. die Erlaubniß des Ober-Präsidenten nöthig ist) gefehlt zu haben. Heute ist jedoch die Freisprechung der Angeklagten erfolgt. Die Erlaubniß des Ober-Präsidenten ist übrigens heute ebenfalls eingegangen.

Rußland und Polen.

△* Warschau, 24. Jan. Der preußische Oberst Treskow war bald nach Ausbruch des Aufstandes hierher geschickt, um der Leitung der militärischen Operationen zu assistiren, und blieb die ganze Zeit hier. Vorgestern wurde ihm von russischen Offizieren ein Abschieds-Diner gegeben, bei welchem Oberst Treskow die Sympathien der preußischen Armee für die Russen bekundete und den Wunsch aussprach: „Gott gebe, daß wir (Preußen) binnen Kurzem auf dem Schlachtfelde zeigen können, daß auch wir die militärischen Tugenden besitzen, von denen Ihr so viele Beweise gegeben habt." Ein russischer General erwiderte darauf, daß bei Allen die Ueberzeugung feststehe, daß in einem zukünftigen europäischen Kriege die beiden Armeen, die russische und die preußische, nur für eine Sache und neben einander werden kämpfen können! — Hier in Warschau werden für die Eintreibung von Unterschriften zu Ergebenheitsadressen von der Polizei große Anstrengungen gemacht, aber mit geringem Erfolg. In den entlegeneren, von der ärmeren Volksklasse bewohnten Stadttheilen ging es noch so ziemlich, dagegen will es damit in den vornehmeren Cirkeln gar nicht vorwärts. Die Geistlichkeit hat auch trotz des wiederholten Drängens die Zumuthung, eine Adresse zu unterschreiben, entschieden zurück gewiesen. — Auch mit den offiziellen Bällen macht man nicht viel Glück, der größte Theil der „Eingeladenen" hat abgesagt, die meisten der Uebrigen werden, wie sie sagen, ebenfalls nicht hingehen. — Eine Menge von Personen sind wiederum verhaftet worden, darunter der angesehene Kaufmann Köllicher. — Neuerdings ist ein Transport von 500 Personen deportirt worden. Sie gingen mit der Eisenbahn und viele waren in Ketten. — In der vergangenen Woche haben die Insurgenten sich an einigen Stellen bemerkbar gemacht, sie sollen, wie allgemein versichert wird, bei Zawichost die Russen geschlagen haben. — Die Erhängung des Besitzers von Opole im Lublinischen, Widrychewicz, bestätigt sich nicht. Der „Dzien Powsz." berichtet wiederum von mehreren kriegsgerichtlichen Executionen, worunter auch drei Preußen.

Danzig, den 25. Januar.

— Man schreibt der „M. Z.": „Es hat sich herausgestellt, daß an eine Indienststellung der beiden noch im Bau begriffenen Schrauben-Corvetten „Hertha" und „Medusa", wie des in England in Bestellung gegebenen Kuppelschiffes vor nächstem Herbst keinenfalls zu denken ist; von den vorhandenen Fahrzeugen befinden sich der „Adler" und zwei Kanonenboote erster Klasse im Mittelmeere und die Schraubencorvette „Gazelle" in Japan, von wo ihre Rückkehr vor 5 bis 6 Monaten nicht zu erwarten ist. Zum unmittelbaren Dienste bleiben dem zufolge: an Schraubenschiffen die Corvetten „Arcona" und „Vineta" zu je 28 und „Nymphe" zu 17 Kanonen, 4 Kanonenboote erster und 15 zweiter Klasse, wie das Avisoschiff „Grille" zu 2 Kanonen; an Segelschiffen außerdem die drei Fregatten „Gefion", „Thetis" und „Niobe", und die drei jedoch nur als Exerzierschiffe benutzten Briggs „Rover", „Musquito" und „Hela". Es verlautet, daß, da die englische Admiralität entschlossen scheint, den Bau oder Ankauf von Schiffen für preußische Rechnung in englischen Häfen nicht zu gestatten, die preußische Regierung entschlossen sei, namentlich den Bau einiger Panzerkuppelschiffe in Amerika in Bestellung zu geben."

‡ Heute beginnt der neue Cyclus (von sechs Vorstellungen) des Herrn Physiker Böttcher im Apollosaale des „Preußischen Hofes." Durch das bisher Gegebene, als: Franklins unglückliche Nordpolarfahrt, Wanderung durch London, so wie durch seine vortrefflichen astronomischen Demonstrationen hat sich Herr Böttcher aufs Neue in der Gunst des Publikums befestigt. Seine klaren Vorträge erschließen das Wissenswertheste auf dem Gebiete der Astronomie, Geologie u. s. w., während die gleichzeitig erscheinenden, in größter Vollendung vorgeführten Illustrationen (Dissolving views) das Verständniß auf das Glücklichste vermitteln. Die Bildwerke sind von seltener Schönheit und Plastik, und es möchte schwer sein, auf eine zugleich angenehmere und instructivere Weise die bedeutendsten Ergebnisse jener Wissenschaften sich anzueignen, oder die herrlichen Denkmäler der Baukunst an uns vorübergeführt zu sehen.

* Morgen (Dienstag) Abends um 7 Uhr hält Herr Prediger Röckner im Saale des Gewerbehauses einen Vortrag über das so viel genannte Werk des Franzosen Renan: „Das Leben Jesu." Der Zutritt ist für Jedermann frei.

* Bei einem hiesigen Arzte wurde am vergangenen Sonnabend Abend ein Diebstahl mittelst Einbruchs mit außerordentlicher Frechheit verübt. Ein Mann hatte gegen 9 Uhr sich bei dem ihm die Thür öffnenden Dienstboten genau darnach erkundigt, wann der Herr Doctor nach Hause zu kommen pflege. Bei der Nachhausekunft des Letzteren gegen 10 Uhr waren zwei Männer, von denen der Eine eine Lampe, der Andere ein Packet unter dem Arme trug, im Herausgehen begriffen. Der Versuch, einen festzuhalten, mißlang und die Verfolgung der Diebe auf der Straße war ebenfalls fruchtlos. Der im Sprechzimmer befindliche Schreibpult war erbrochen und demselben circa 300 Thlr. in Baar entnommen. — Des Abends vorher war ein Einbruch in einem Laden in der Jopengasse ausgeführt worden, woselbst die Diebe auch nur auf baare Münze speculirt zu haben scheinen, da von den umherliegenden werthvollen Gegenständen nichts entwendet worden ist.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. Januar 1864. Aufgegeben 2 Uhr — Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr — Min.

	Letzt.	Crs.		Letzt.	Crs.
Roggen fest,			Preuß. Rentenbr.	96½	96½
loco	35	34¾	3½% Westpr. Pfdbr.	83¾	83¾
Januar/Februar	33⅞	33¾	4% do. do.	—	94
Frühjahr . . .	34	33¾	Danziger Privatbk.	98	—
Spiritus Jan. . .	14⅙	14⅙	Ostpr. Pfandbriefe	84	83¾
Rüböl do. . .	10 11/12	10¾	Oestr. Credit-Actien	74½	73⅞
Staatsschuldscheine	88	88	Nationale	65⅞	65¾
4½% 56er. Anleihe	99¾	99¾	Russ. Banknoten . .	86½	86⅜
5% 59er. Pr.-Anl.	104⅛	104⅛	Wechselc. London	—	6.18⅛

Fondsbörse fest.

Hamburg, 23. Januar. Getreidemarkt leblos, flau. Frühjahrs-Weizen ab Dänemark 2 Thlr. billiger erhältlich. Roggen, Danzig, Königsberg Frühjahr, nachdem einzeln 56 bezahlt, bleibt dazu dringend offerirt. — Oel loco 24, Mai 24⅜, October 24¼. — Kaffee Markt fest, ruhig. — Zink umsatzlos.

London, 23. Januar. Silber 62. Türkische Consols 46⅜. — Mildes Wetter. — Consols 90⅞. 1% Spanier 45¾. Mexikaner 35½. 5% Russen 91. Neue Russen 87½. Sardinier 83.

Der Dampfer „Adriatic" ist von Newyork in Galway angekommen.

Liverpool, 23. Januar. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise fester.

Paris, 23. Januar. 3% Rente 66, 35. Italienische 5% Rente 68, 40. Italienische neueste Anleihe —. 3% Spanier 49¾. 1% Spanier 45½. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 391, 25. Credit-mob.-Actien 1015, 00. Lombr. Eisenbahn-Actien 515, 00.

Produktenmärkte.

Danzig, den 25. Januar. Bahnpreise.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 127—128/29—130/1—132/4℔ nach Qualität 58/60—61/62½—63/66½—67/70/71½ Sgr.; dunkelbunt 125—128/30/32℔ nach Qual. 55/56—57½/60/62 Sgr., Alles pr. 85℔ Zollgewicht.
Roggen 120/123—125/128/9℔ von 35½/36/36½—36¾/43¾ Sgr. pr. 125℔.
Erbsen von 38/40—41/42 Sgr.
Gerste kleine 106/108—110/112℔ von 30—32½ Sgr., große 110/112—114/119℔ von 31—33/35 Sgr.
Hafer 21/23 Sgr.
Spiritus ohne Zufuhren.

Getreide-Börse. Wetter: milde aber stürmische Luft. Wind: W.

Die Kauflust war am heutigen Markte ziemlich rege und sind zu Preisen des vorigen Sonnabend 130 Last gehandelt. Bezahlt wurde für 125℔ bunt fl. 340, 127, 129℔ bezogen fl. 345, fl. 350, 129℔ besetzt, bunt fl. 360, 123℔ sehr hell fl. 365, 131, 131/2℔ bunt fl. 380, 130℔ hellfarbig fl. 385, 128℔ recht hell fl. 386½, 131℔ hellbunt fl. 390, fl. 395, fl. 400, 131℔ sehr hell fl. 402½, 132℔ hochbunt fl. 410, 132/3, 133/4℔, 134℔ fein hochbunt glasig fl. 415, fl. 416, fl. 420. Alles pr. 85℔. — Roggen matt, 119℔ fl. 213, 122, 122/3℔ fl. 216, fl. 217, fl. 218, fl. 219, 125℔ fl. 220½, 127℔ fl. 225, 128/9℔ fl. 226½. Alles pr. 125℔. — 108, 110℔ große Gerste fl. 183. — Spiritus ohne Zufuhr.

* **London**, 22. Januar. (Kingsford & Lay.) Seit dem 15. war das Wetter sehr mild, wir hatten einige schöne und einige regnerische Tage. Der Wind blieb bis zum 19. SO. und wandte sich dann nach SW. Obgleich in etlichen der Hauptmärkte des Königreichs wieder Ankäufe für Speculanten gemacht worden sind, so war doch das Weizengeschäft in der vorigen Woche sehr leblos und die Preise sind ungefähr 1s pr. Qr. gefallen. Alle Sorten Sommer-Getreide sind ebenfalls weichend und das Geschäft darin still. Für Mehl ist keine Veränderung zu notiren. Seit letztem Freitag sind 67 Schiffe als an der Küste angekommen rapportirt worden, darunter 22 Weizen, von welchen mit den von der letzten Woche übrig gebliebenen, gestern noch 49 zum Verkauf waren, darunter 14 Weizen. Dienstag ausgenommen, an welchem Tage eine bessere Stimmung im Geschäft herrschte, fand sich wenig Kauflust für schwimmende Ladungen, die Preise sind für alle Getreidesorten weichend und Weizen und Mais stellen sich 1s pr. Qr. billiger. — Die Zufuhren von fremdem Weizen, Gerste und Mehl waren in dieser Woche groß, von allen anderen Getreidesorten klein. Der heutige Markt war sehr schwach besucht, englischer Weizen war zu Montagspreisen gefragt, fremder war aber vernachlässigt und unsere Preise sind nur nominell. — Gerste, Hafer, Bohnen und Erbsen finden sehr langsam Nehmer und die Preise der beiden erstgenannten Sorten haben eine weichende Tendenz.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 25. Januar. Wind WNW.
Angekommen: J. Gallilei, Smyrna (SD.), Rostock, Ballast.
Ankommend: 1 Jacht.

Fondsbörse.

* Danzig, 25. Januar. London 3 Mon. 6. 18 bez. Westpreuß. Pfandbriefe 3½% 84 Br., do. 4% 91½ Br. 94¼ bez.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stund.	Baromt. Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
24	12	333,52	+ 3,5	WNW. stürmisch, hell und wolkig.
25	9	335,37	+ 3,4	do. Sturm, dicke Luft.
	12	335,67	+ 4,3	NW do. do.

Die heute Morgens 5 Uhr erfolgte glückliche Entbindung mein r geliebten Frau **Pauline, geb. Schwerdtfeger,** von einem gesunden Mädchen, zeige statt besonderer Meldung ergebenst an.
Marienwerder, den 24. Januar 1864.
August Gronemann,
[9086] Appell.-Gerichts-Actuar.

Die heute Mittags ½1 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner Frau von einem Mädchen zeigt hiemit ergebenst an [9040]
O. Kaemmerer.
M. Lowitz, den 21. Januar 1864.

Heute Nachmittags 4 Uhr entschlief sanft nach kurzem Krankenlager unser guter Vater, Groß- und Urgroßvater, der Deichgeschworene
J. Schultz-Gr. Montau,
in seinem 77. Lebensjahre, was wir seinen Verwandten und Freunden hiemit statt besonderer Meldung anzeigen.
Die Hinterbliebenen.
Mielenz, den 23. Januar 18 4. [9044]

Concurs-Eröffnung.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation zu Berent,

den 22. Januar 1864, Mittags 12 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns L. Weiß zu Berent ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 20. Januar cr. festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechts-Anwalt Blöbaum zu Berent bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 3. Februar c.,
Vormittags 11 Uhr,

in dem Verhandlungs-Zimmer No. 2 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Kreisrichter Knirim anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 3. Februar c. einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 21. Januar 1864 ist an demselben Tage die in Danzig errichtete Handelsniederlassung des Kaufmanns Liebermann Goldstein ebendaselbst unter der Firma:

Liebermann Goldstein jr.

in das diesseitige (Handels-) Firmen-Register sub No. 590 eingetragen.

Danzig, den 21. Januar 1864. [9032]

Kgl. Commerz- und Admiralitäts-Collegium.
v. Grodded.

Freitag den 5. Februar,
von 10 Uhr Vorm. ab,

werde ich in einer freiwilligen Auction auf dem Gutsbesitzer Steckmann'schen Torf-Bruche in Zellen **200 Klafter Torf** in verschiedenen Posten gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkaufen.

Bekannten Käufern wird 6 Wochen Credit bewilligt. Versammlungsort im Gasthause des Herrn Bobinski in Zellen bei Mewe.

[9039] **F. Linde.**

Ein in der lebhaftesten Straße Danzigs bestehendes

Tuch- und Herren-Garderoben-Geschäft

mit großer Kundschaft und im blühendsten Zustande, soll wegen Veränderung des Besitzers verkauft werden. Reflectanten erfahren Näheres durch [9046]

J. E. Rosalowsky in Danzig,
Vorstädt. Graben No. 35.

Masken-Anzüge

und Dominos sind in reichhaltigster Auswahl zu vermiethen [9050]

Schäferei 16.

Neue und neu verzierte Anzüge sind angefertigt

Schäferei 16.

Ein schönes großes herrschaftliches Grundstück — Rechtstadt — mit großem Hofraum, Remise, Stallung, Thoreinfahrt 2c., ist aus freier Hand bei 4000 Thlr. Anzahlung an Selbstkäufer zu verkaufen. Näheres beim Apotheker Herrn **Cuno Fritzen,** Breitg. 43, 1 Treppe, Mittags 12—2 Uhr. [9048]

Ein Double-Ueberzieher, ein Geh-Pelz, Bücherspind zu verk. Breitgasse 86. [9051]

Verkauf eines sehr preiswürd. Gutes.

Dasselbe ist umgeben von einer gebildeten Nachbarschaft in einer schönen Gegend. Größe 645 Mg. in hoher Cult. befindl. Acker u. Wiesen. Bauten, Inventar und Hypothekenverhältniß ausgezeichnet. Preis 30 Mille. Anzahlung ⅓. Näh. erth. **Rob. Jacobi** in Danzig, Breitg. 64.

Ein Speicher-Unterraum auf der Speicher-Insel wird zu miethen gesucht. Adressen mit Angabe der Miethe werden unter P. 10. in der Expedition dieser Zeitung erbeten. [9047]

Einige hundert Klafter **trockene** Fichten-Stubben à 1 Thlr. 21 Sgr. und hundert Klafter **trockenes** Eichenknüppelholz stehen im Rokittker Walde sofort zum Verkauf.

[9013] **C. Hauer.**

LIVERPOOL & LONDON.
Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Gegründet am 21. Mai 1836, mit Corporationsrechten versehen durch Parlamentsacte vom 4. Juli 1836.
Concessionirt zum Geschäftsbetriebe im Königreich Preußen durch hohes Ministerial-Rescript vom 19. September 1863.

Nach § 14 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen nimmt die Gesellschaft vor Preußischen Gerichtshöfen als Beklagte Recht und unterwirft sich auch in ihrem Domicile Liverpool der Vollstreckung rechtskräftig gewordener Erkenntnisse Preußischer Gerichtshöfe bereitwilligst und ohne Einrede.

Grundcapital £ 2,000,000 = Thlr. 13,333,333.

Die Theilnehmer (Actionaire) haften solidarisch für einander und nicht blos bis zu dem von ihnen gezeichneten Betrage, sondern auch unbeschränkt darüber hinaus, mit ihrem ganzen Vermögen.

Reservefonds für Feuer- u. Lebens-Versicherungen	£ 217,121 =	Rf. 1,447,777.
Prämienreserve für den laufenden Feuer-Risico	„ 169,944 =	Rf. 1,132,963.
Prämienreserve für den laufenden Lebens-Risico	„ 841,540 =	Rf. 5,610,269.

Laufende Verbindlichkeiten der Gesellschaft am 31. December 1862:

a) Feuer-Versicherungen, laufende Risico	£ 86,558,648 =	Rf. 577,057,653.
b) Lebens-Versicherungen, do. do.	„ 4,416,449 =	Rf. 29,442,993.
c) Leibrenten, jährliche Verbindlichkeiten	„ 23,648 =	Rf. 157,654.

Feuerversicherungen. Die Gesellschaft versichert bewegliche und unbewegliche Gegenstände aller Art zu angemessenen u. festen Prämien.

Lebensversicherungen. Die Gesellschaft schließt Versicherungsverträge mit oder ohne Antheil am Gewinn auf den Lebens- und auf den Todesfall, Kinder-, Altersversorgungen, sowie Leibrenten gegen billige und feste Prämien und unter zuvorkommender Berücksichtigung der Wünsche der Antragsteller.

Die Annahme von Versicherungsanträgen und die Ertheilung jeder gewünschten Auskunft erfolgt bereitwilligst

in Langefuhr durch den Agenten **Theodor Nipke,**

so wie in Danzig durch die zu der sofortigen Ausfertigung der Policen ermächtigten Haupt-Agenten

Krahmer & Bauer,

[8781] Hundegasse 92.

Das PELZ-LAGER
en gros & en détail
von
Philipp Löwy,
Langgasse No. 74, Saal-Etage,

empfiehlt Reise- und Promenaden-Pelze für Herren und Damen, Muffen, Pelerinen, Schlittendecken, Pelzstiefel, Bibermützen etc. in grösster Auswahl. Preise fest. [7113]

Einem geehrten Publikum erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich den Zimmerplatz des verstorbenen Zimmermeisters Herrn **C. Westphal** für eigene Rechnung übernommen und demzufolge meine Wohnung von **Langgarten 105** nach dem **Feldweg 1** (nahe der Gas-Anstalt) verlegt habe.

Indem ich das mir bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin zu erhalten bitte, empfehle ich mich zur Uebernahme von **Neu- und Reparaturbauten.**

Danzig, den 23. Januar 1864. Hochachtungsvoll

Feldweg 1. Herrmann Hoffmann, Feldweg 1.
Zimmermeister.

P. S. Situationspläne, Bauzeichnungen, sowie Kosten-Anschläge und Abschätzungen (Taxen) werden prompt und mit Sachkenntniß angefertigt. [9028]

An den Königl. Hoflieferanten und Brauereibesitzer Herrn Johann Hoff, Neue Wilhelmsstr. 1, hier.

Berlin, 13. October 1863.

„Ew. Wohlgeboren fühle ich mich verpflichtet, Mittheilung von der Heilung meines Hämorrhoidalleidens durch Ihr vortreffliches Malzextrakt-Gesundheitsbier zu machen, um so mehr, da der Erfolg ein dauernder ist. Zehn Jahre hindurch war ich von diesem Uebel geplagt und gab — bei meinem 60jährigen Alter — die Hoffnung auf Heilung beinahe auf. Als einen letzten Versuch wagte ich's mit Ihrem berühmten Malz-Extrakt-Gesundheitsbier, ich fühle allmälig nach längerem Gebrauch eine **Erquickung und Stärkung** meines Körpers und völlige Umwandlung der verdorbenen Säfte in meinen Adern. Asthma und Magendruck hörten auf und ich war meinem Berufe wiedergegeben. Möge dies im Interesse ähnlich Leidender bekannt werden!" **Könitz,** Handelsmann, Bergstr. 80.

Niederlage für Danzig und Umgegend bei A. Fast in Danzig, Langenmarkt 34.

[8589]

Frisch geröstete Neunaugen empfing und empfiehlt

[9049] **Robert Hoppe.**

Von heute ab wohne ich Langenmarkt, Hotel de St. Petersburg, und empfehle eine große Auswahl von eleganter Maskengarderobe zu den bevorstehenden Maskenbällen.

[9054] **Wichert aus Königsberg.**

In meinem Hause ist eine Wohnung für den Sommer zu vermiethen.

[9019] **Aug. Fr. Schulz.**

Jäschkenthal, den 23. Januar 1864.

Auf einen Gütercomplex, gerichtlich abgeschätzt auf 99,2 0 Thlr., werden hinter 21,000 Thlr., 3000 Thlr. zur Hypothek sofort gesucht. Offerten erbittet man Kohlenmarkt No. 4, 1 Tr. hoch abgeben zu wollen. [8945]

Zum 1. April d. J. wird ein Eleve für die Landwirthschaft gegen 100 Thlr. jährliche Pension gesucht. Näheres Kohlenmarkt No. 4, 1 Treppe hoch. [8946]

Eine tüchtige, mit guten Attesten versehene **Landwirthin** ist zu erfragen im Gesinde-Bureau Holzgasse No. 5. [9033]

Ein junges Mädchen aus guter Familie sucht eine Stelle als Gesellschafterin oder dergl. [9011] Offerten erbitte Praust poste restante J. Y. Z.

Bei einer Eisen- und Metallgießerei findet ein sicherer Mann, befähigt, **Materialien-Verwaltung,** Arbeiter-Controle, wie **schriftl. Arbeiten** zu übernehmen, eine dauernde, gut dotirte Stellung.

Weitere Auskunft ertheilt im Auftrage der Kaufmann **L. F. W. Körner,** Berlin, Luckauer Straße. [8508]

Ein gut empfohlener verheiratheter

Ober-Inspector,

in den Dreißiger Jahren, der mehrere Jahre größere Güter in Preußen selbstständig bewirthschaftet hat, und zuletzt die in Polen im Kreise Lipno gelegenen gräflichen Güter Kikol acht Jahre hindurch ebenfalls selbstständig verwaltet, der Unruhen wegen seine Stellung aufgegeben hat, sucht von gleich oder vom 1. April, oder auch von Johanni a. c. ein ähnliches Engagement. Näh. Auskunft ertheilt **R. Seegers, Thorn, Brückenstraße No. 16.** [8988]

Junge Geschäftsleute,

welche sich günstiger Empfehlungen zu erfreuen haben, jedoch auch **nur** solche, wollen mir behufs Placirung Copien ihrer Zeugnisse recht bald zugehen lassen. Auswärtigen Aufträgen zufolge, werde ich zum bevorstehenden Engagementswechsel namentlich mehrere der polnischen Sprache Kundige verwenden können.

[8990] **E. Schulz,** Goldschmiedegasse 28.

Ein brauchbarer **Kassen-Assistent** findet gegen **15 Thlr.** Honorar monatlich **sofort** ein Unterkommen bei der Kreis-Steuer-Kasse zu Carthaus. [9003]



Im Apollo-Saal. Heute:

Franklin's Polarfahrt und Ende.
Dienstag: Die Sternenwelt.
Nebelflecke. Milchstraße. Fixsterne. Planetensysteme. Kometen. Sternschnuppen. Meteore.
Rom's Baudenkmäler.
Thermen, Circus, Amphitheater, Aquadukte u. s. w.
Zum Schluß:
Brillante Landschaftsbilder.
Anfang 7 Uhr. Entré: 10, 6 und 3 Sgr. Nummerirte Billets à 10 Sgr. sind in Herrn Weber's Kunsthandlung zu haben.

Zuckau, den 28. Januar.

Im neuerbauten Concert-Salon des Hrn. Selonke
heute Montag, den 25. d. M.:

grosses Instrumental-Concert

ausgeführt
von der Kapelle des 3. Grenadier-Regiments No. 4.
Anfang 5 Uhr. Entrée $2^{1}/_{2}$ Sgr.
H. Buchholz.

Gleichzeitig mache einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß mehrere wegen der großen Kälte nicht ausführbare Einrichtungen jetzt bewerkstelligt und namentlich für genügende Heizung gesorgt ist.

[9053] **F. J. Selonke.**

Heute ist Montag!!!

Stadt-Theater.

Dienstag, den 26. Jan. (4. Ab. No. 18). **Romeo und Julie.** Trauerspiel in 5 Acten von Shakespeare.

Mittwoch, den 27. Jan. (4. Ab. No. 19). Am Geburtstage Mozarts. **Die Hochzeit des Figaro.** Oper in 4 Acten von Castil-Blace. Musik von Mozart. [9040]

Fortsetzung der Sammlungen zur Beschaffung wärmerer Bekleidungsstücke für die an der polnischen Grenze und in Holstein stehenden vaterländischen Truppen: durch 9. H. Bäckerm. Claus in Emaus 6 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf., 7 Paar wollne Socken und 1 wollne Leibbinde; 10. H. Hofb. Hoffmann in Schmerblock 15 Thlr. 25 Sgr; 11. H. Hofb. Peters in Gr. Waldorf 1 Thlr.; 12. H. Hofb. Pieper 2 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.; 13. H. Hofb. Kluge a. Breitfelde 1 Thlr. 5 Sgr; 14. H. Hofb. Nickel a. Herzberg 22 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf.; 15. H. Hofb. Ortmann a. Güttland 30 Paar woll. Socken; 16. H. Hofb. Peters a. Krakau 1 Thlr.; 17. H. Kaufmann Penner a. St. Albrecht 5 Thlr.; 18. Frau Hofb. Thiessen a. Wesslinken 3 Thlr.; 19. H. Hofb. Purwin a. Quadendorf 4 Thlr.; 20. H. Hofb. Frouhöfer a. Wonneberg 6 Thlr. 15 Sgr. 3 Paar woll. Socken; 21. H. Hofb. Schulze Mierau a. Schönrohr 4 Thlr. 15 Sgr.; 22. H. Hofb. Haselau a. Vorw. Mönchgrebin 1 Thlr. 23. H. Schulze Heyn a. Ziganken-berg 8 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf.; 24. H. Hofb. Ballauf a. Kl. Waldorf 5 Thlr. 7 Sgr.; 25. Madame Radewald a. Praust 18 P. w. Socken und 18 w. Leibbinden; 26. H. Hofb. Jac. Dyck a. Hauskampe 11 Thlr.; 27. H. Hofb. Penner a. Freienhuben 8 Thlr. 10 Sgr.; 28. H. Schulze Busch a. Heubude 5 Thlr. 19 Sgr.

Danzig, den 25. Januar 1864.

Niederstetter, Polizeirath,
Poggenpfuhl No. 37.

Die Schuhmacher-Wittwe Prebusch zu St. Albrecht ist am 16. Januar c. durch ein unverschuldetes Brand-Unglück fast ihrer ganzen Habe beraubt.

Mit drei Kindern, von denen der eine Sohn an epileptischen Krämpfen leidet, steht sie verlassen da, wenn edle Menschen sich ihrer nicht annehmen sollten. Wir richten daher an Alle, die ein Herz für die Noth ihrer Mitmenschen haben, die dringende Bitte, diese arme Familie durch Gaben der Liebe freundlichst zu unterstützen.

Gaben an Nahrungsmitteln oder Geld sind bereit in Empfang zu nehmen:

Herr Kaufmann Löwens zu Danzig,
[9023] Langgasse und die Unterzeichneten:

Meller, Superintendent in Praust. **H. Penner** in St. Albrecht.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.